

Ostfriesische Zeitschwingen.

Blätter

zur Besprechung vaterländischer Interessen.

N^o. 38.

Mittwoch den 27. September

1848.

Die Ostfriesischen „Zeitschwingen“ erscheinen zwei Mal wöchentlich, des Sonntags und Mittwochs, je einen halben Quartbogen stark. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 12 Ggr. Alle Buchhandlungen, so wie die Königl. Hannoverschen Postämter nehmen Bestellungen entgegen. — Beiträge werden franco entweder unter Adresse des Redacteurs oder der Verlagshandlung erbeten.

Wie weit?

Die Würfel sind geworfen, vielleicht schon gefallen. Die Anarchie erhebt ihr Haupt in Frankfurt, sie wird es noch an vielen Orten thun, sie wird nirgend ihren frevelhaften Eigenwillen durchsetzen, wenn nicht der Schlag, der jetzt in Berlin fällt, ihr die Waffen und die Macht leihet. Wir bekannten und bekennen uns fortan zur Linken, wenn es gilt den demokratischen Staat zu verwirklichen; wir waren und sind die entschiedensten Gegner einer Fraction Ruge, Feuerbach und Genossen; wir waren, sind und werden fortan Gegner der Republik und Anhänger der demokratischen Monarchie sein. Wir sind und werden heftig, bitter, ja oft unedel von der Reaction angefeindet; wir haben und werden fortan harte und schonungslose Worte gegen alle Reactionaire, unter welchem Deckmantel sie auch umherschleichen, gebrauchen, wir werden das Volk zur Wachsamkeit anspornen, und in unserm Agitiren nicht nachlassen, sollten wir es auch weiß Gott mit welchen hohen Personen verderben müssen. Wir haben und werden fortan die Halbheit, die sogenannten Conservativen angreifen, weil wir in ihnen die Brücke sehen, über welche Anarchie und Reaction sich die Hand reichen werden; wir haben und werden fortan für die Idee des Sozialismus kämpfen, und nicht müde wer-

den für den Arbeiterstand mit einzutreten, und sollte es uns auch noch so viele Feinde schaffen.

Haben wir fortan nur zu oft die Namen, Wühler, Heher, Agitator über uns ergehen lassen müssen, und hat es uns nicht geschreckt, auf der Bahn unserer Uezeugung fortzuwandeln, so sehen wir voraus, daß jetzt die Zeit kommen wird, wo uns die Namen Halber, Reactionair, Aristocrat gegeben werden. Denn die Partei des religiösen Unglaubens, die Unsterblichkeitsleugner, die Communisten stehen auf der Lauer, nun unter dem Namen der Republik ihren Staat des materiellen Genusses aufzuführen auf den Trümmern des Christenthums und des Nationalismus. Man mag streiten können, ob Republik oder demokratische Monarchie im Prinzip die bessere Staatsform sei, man mag theoretisch darüber streiten können; practisch ist jene eine Unmöglichkeit, ein namenloses Unglück für Deutschland; Ströme von Blut würden ihr Entstehen begleiten, Ströme von Blut ihre Fortdauer sichern und ihr Ziel und Zweck würde nicht jene ideale Republik im Sinne Lamartine's und der Girondisten sein; sie würde eine gewaltsame Lösung der sozialen Frage, ein durchhauen des gordischen Knoten herbeiführen, was nur mit Militairdespotismus und dem Untergange Deutschlands enden würde.

Warum aber denn bis jetzt agitirt, Mißtrauen erregt, stets den Mund voll von Reaction? Heißt das nicht die Anarchie heraufbeschwören, und nun, da sie da ist, vor ihr zurückbeben? Wohl wäre es eine schwere Schuld, eine nie zu sühnende, wenn wir uns schuldig fänden; im Gegentheil, wir leben des frohen Gewissens, daß, hätten alle mit uns stets der Demokratie in der Monarchie das Wort geredet, und so Fürsten und Regierungen gezwungen, von ihren thörichten Reactionsversuchen abzustehen, wir hätten sicherlich keine Auftritte, wie die Frankfurter erlebt, und kein Wangel, und hinter ihm die soziale Revolution vor den Thoren von Berlin.

Wir wußten es, wir sagten es, die Reaction lauert hinter dem Vorhange des Theaters, auf dem die Conservativen die Schauspieler sind; unten steht lauernd die Anarchie und das Volk sitzt erwartend, von welcher Seite, wie bald ihm seine Rechte kommen werden. Die Reaction hat ihr Spiel in ihrem Sinne schlaue gespielt, in Frankfurt, in Berlin, in Wien, wie in Schleswig-Holstein. Jetzt wird der Blödeste sehen, wenn er die Vorgänge mit dem Waffenstillstande liest und ihm die deutsche Wange purpurroth wird über den dänischen Uebermuth und die Perfidie der Reaction, jetzt wird, muß Jeder sehen, der Augen hat zu sehen, daß Wangel, Jellalich, Radetzky, Windischgrätz die Werkzeuge einer fein gesponnenen Reaction sind, die unter dem Schlachtrufe „Fort mit der Anarchie“ das Neg zusammenschlagen wollen, in welches die Freiheit und die Einheit getrieben sind. Vielleicht ziehen sie in Berlin, und Wien siegreich ein, das Gespenst der Anarchie jägt ihm vielleicht die edelsten Freiheitsmänner zu; aber, aber, wenn sie gefangen sind, wenn das Volk die neuen Kerkerwände sieht, dann wird es sich erheben und sich in die Arme werfen, schrecklich, aber sicherlich, der Anarchie, der rothen Republik, und Deutschland enden, wie wir sagten.

Rettung war möglich, war leicht, als wir vor Monaten schon auf volle Erfüllung der demokratischen Monarchie, auf Anerkennung des Sozialismus drangen; Rettung ist schwer, aber möglich, wenn wir es jetzt, aber gleich thun. Gefahr im Verzuge! Es wird ohne Stürme nicht abgehen, aber es muß geschehen; sonst erhebt sich ein Vulkan des sozialen Umsturzes von den Pariser Communisten bis zu den russischen weißen Slaven.

Constituierende Versammlungen in allen Staaten, Neuwahlen für das Parlament in kürzester Zeit, und vor allen Umgestaltung des Militairwesens kann uns noch retten; aber es muß schnell geschehen; sonst heißt es wieder: „Es ist zu spät“.

(Fortsetzung folgt.)

Indirecte und directe Wahlen.

(Schluß.)

Die Gründe für die indirecten Wahlen sind anscheinend triftig und richtig; ihre Kritik wird sich aus den Gründen für die directen Wahlen ergeben.

Bei der directen Wahl entsteht unter allen Wählern ein lebhaftes Interesse für den Gegenstand und die Personen der Wahl. Denn er weiß, daß er sich direct eine Person als Vertrauensmann aussuchen kann, daß seine Stimme, wenn auch ein noch so kleiner Bruchtheil des Ganzen, einen directen Einfluß auf die Wahl übt, und deshalb giebt er sich Mühe, die Wichtigkeit der Sache zu begreifen und die Personen, welche ihm geeignet scheinen, zu mustern. Dieses erhöhte politische Leben fehlt bei der Wahl von Wahlmännern fast ganz, da Jedermann, außer der eine bestimmte Person durchzusetzen sucht, und Ueberblick, Zeit, und Personenkenntniß genug besitzt, um durch die zu wählenden Wahlmänner seine Candidaten durchzusetzen hoffen zu können, entweder gar nicht an der Wahl des Wahlmannes Theil nehmen, oder doch nur einen beliebigen Mann, ohne genaue Kenntniß seiner politischen Ansicht wählen wird.

Es werden dann wiederum meistens solche an der Wahl Theil nehmen, die Zeit, Geld und Personenkenntniß genug haben, um so ihre Candidaten durchzusetzen. Der gemeine Mann wird sich stets mehr ausschließen, oder wenn er sich nicht ausschließt, ein Spielball der geheimen Intriguen werden.

Wirft man der directen Wahl vor, daß die Stimmen des großen Haufens nach einem augenblicklichen Eindrucke einem Volksmann zufielen, so ist diese Furcht eine unbegründete, da bei der directen Wahl die Candidaten hinlänglich vorher bekannt sind, um sie zu mustern, um sich selbst für die Wahlschlacht vorbereiten zu können. Jede Partei hat Zeit ihre Candidaten zu empfehlen, und den Gegner zu bekämpfen. Dadurch entsteht dann, was unsers Erachtens der größte Vortheil der directen Wahl ist, eine Theilung der Stimmenden in

ihre natürlichen Parteien, wie z. B. in Reactionaire, Constitutionelle und Republikaner. England, dieses Utopien unserer Conservativen, hat stets die directe Wahl gehabt, und fühlt sich wohl dabei. Dort wären indirecte Wahlen möglich; weil dort auch der Wahlmänner Meinungen hinlänglich bekannt sind, aber trotzdem würde man sich dieses Bollwerk seine Freiheit nie nehmen lassen. Bei uns aber, die wir erst einige Mondenlang politisches Leben gehabt haben, ist das Institut der indirecten Wahl eine Illusion, ein Spott auf das allgemeine Wahlrecht; denn selten wird man die Wahlmänner genug kennen, um sicher sagen zu können, zu welcher Partei er sich bekennt.

Bei der indirecten Wahl aber tritt wegen der Ungewißheit der Entscheidung die größte Gefahr vor Umtrieben ein.

Denn das Aufstellen von Candidaten bei der indirecten Wahl ist nur dann möglich, wenn die Wahlmänner verpflichtet werden, auf eine bestimmte Person zu stimmen; dieß wäre aber die directe Wahl.

Derjenige aber, der nur einen Candidaten durchsetzen will, hält bei der indirecten Wahl mit demselben wohlweislich hinter dem Berge, sucht dagegen ergebene Wahlmänner durchzusetzen, und während alle über den Candidaten im Dunkeln sind, geht er sicher durch die Wahl seiner Wahlmänner.

Sind nun die Wahlmänner da, so ist die Gefahr der Bestechung weit größer, als bei der directen, weil theils wegen der geringen Zahl sie leichter ausführbar, theils wegen des Erfolges lockender ist. Ferner ist eine Aristokratie geschaffen, da die meisten Wahlmänner aus den höheren Ständen gewählt worden, und diese alle ihre Standessonderinteressen wahren werden. Ja, wäre das Volk so politisch reif, und hätte es so viel Zeit, sich für ihren Candidaten durch Wahlmänner stets zu einigen, so wäre bis auf die Unsicherheit des Wahlmannes dieser Nachtheil vermieden; aber dem ist so nicht. Das wählen eines Wahlmannes geschieht ohne Theilnahme, weil es mehr oder minder werthlos scheint.

Die Geschichte endlich lehrt, daß alle Freistaaten die directe Wahl gehabt haben, und fast haben. (Athen, Rom, England, Nordamerika.) Also lieber ein mäßiger Censur und directe Wahl, als dieses neue Blendwerk des Absolutismus, die indirecte allgemeine Wahl; da es sich mit ihr eben so verhält, als mit der constitutio-

nellen Verfassung, die wir und Frankreich bis zur Revolution hatten.

Schließlich ist die indirecte Wahl ein Mißtrauensvotum gegen die Mündigkeit des Volkes, und also unvereinbar mit dem allgemeinen Wahlrecht, da die Wahl eines Wahlmannes doch eben so gut politische Einsicht und Rechtlichkeit voraussetzt, als die eines Deputirten.

(Eingesandt.)

Domaniale Seltsamkeiten.

1) Eine 1833 zu p. pr. 1350 $\mathfrak{F}$ gerichtlich taxirte, im Wege der Theilung für den doppelten Preis von p. pr. 2700 $\mathfrak{F}$ angenommene Besizung, mit Erbpacht beschwert, hat das Domanium in 1847 für 5600, sage fünftausend sechshundert Thaler ankaufen und auf 6 Jahre für jährlich 10 Pistolen öffentlich vermieten lassen. — Die Verkäufer lachen, danken Gott und ihrem Könige für solche Munificenz; wie steht's aber um die Empfehlung und Rechtfertigung eines solchen Handels, den noch einige hundert Thaler anzulegender Baukosten verherrlichen?! —

2) Eine andere, kleinere Besizung, mit abbruchsfähigem Hause, vor einigen Jahren für 1100 $\mathfrak{F}$ angeboten, aber ausgeschlagen, hat das Domanium zu gleicher Zeit für 1500 $\mathfrak{F}$ angekauft und für 15 $\mathfrak{F}$ jährlich unter der Hand verliehen. Wie sollte man solchen Handel wohl empfehlen und rechtfertigen?! —

3) Domanialländereien außerordentlich in Pacht verleihen, und zwar so billig, daß bei öffentlicher Verpachtung wenigstens das Doppelte gern dafür gegeben werden würde, sollte man nicht für wahr halten; es ist aber doch wahr, und eben so wahr, wenn auch unglaublich, ist es, daß aus der Nachweide die Pacht schon geldset ist, und mehrere Fuder Heu das Diemath für die bloße Arbeit gewonnen werden können! —

4) Domanialinteresse und Amtsinteresse collidiren erfahrungsmäßig nur zu oft und zu leicht! — Und doch giebt es noch Aemter, wo Amtmann und Rentmeister in Einer Person vereinigt fungiren und für jeden Posten besoldet werden, also doppelten Sold ziehen, der anderwärts getrennt ist. — Seltsam, aber schrecklich — und doch — die Wahrheit.

÷ **Göttingen**, im September. (Einige Bemerkungen über den Waffenstillstand mit Dänemark.) Daß ein so schimpflicher Waffenstillstand zu Stande kommen konnte, ist ein neuer Beweis dafür, daß die Deutschen, die sich so gern das Volk der Denker nennen, noch nicht so viel Logik gelernt haben, um die Consequenzen eines Prinzips zu ziehen. Hätte man nur bedacht, was der Character eines Bundesstaats — und zu einem solchen wollte ja der König von Preu-

ßen selbst Deutschland gemacht wissen — erforderte, so würde nie ein einzelner Staat mit der Besorgung einer allgemeinen Angelegenheit betraut sein. Ein Bundesstaat ist eine Verbindung von Einzelstaaten, die, einsehend, daß sie gemeinsame Interessen haben, dieselben durch eine Centralbehörde vertreten lassen. Die erste Folgerung, die man daher aus diesem neuen Begriffe ziehen mußte, war, daß alle gemeinsamen Angelegenheiten Deutschlands von der Centralgewalt besorgt wurden, weil nur so Garantie war, daß dabei eine Berücksichtigung aller Interessen stattfinden würde. Die Befugniß eines einzelnen Staates, Krieg und Frieden zu schließen, wie es Preußen gewagt hat, widerspricht dem Begriff des Bundesstaats, wo nur die Gesamtheit aller Staaten über die Verhältnisse nach Außen zu entscheiden hat. In den vereinigten Staaten ist die Befugniß, Krieg und Frieden zu schließen, nur den Centralgewalten zuständig. Eine hiermit zusammenhängende Consequenz war die Verminderung der Stellung der einzelnen deutschen Staaten zu den fremden Mächten. Die Gesandten der deutschen Staaten hätten nothwendig nicht mehr die politischen Interessen ihrer Länder im Auslande vertreten dürfen, sondern hätten zu Handelsconsuln gemacht werden müssen. Die politische Vertretung Deutschlands müßte allein der Centralgewalt überlassen werden, weil nur durch eine einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ein imponirender Einfluß gewonnen werden kann. Schließlich dürfte es keine preussischen u. Truppen mehr geben, sondern nur bundesstaatliche, weil hier gleichfalls, wie das Recht über Krieg und Frieden, so auch die Mittel dazu der einheitlichen Leitung einer Centralbehörde unterworfen sein müssen und bei dem Belassen der bisherigen Unterordnung unter die einzelnen Fürsten — namentlich wo die Truppen auf den König und nicht allein nur auf die Verfassung vereidet werden — der Einheit Deutschlands von Seiten der Einzelregierungen die größte Gefahr droht, weil sie eine bewaffnete Opposition gegen die Centralbehörde bilden können. So wie die allgemeine Verfassung die Verfassungen der einzelnen Staaten zu controliren hat, so hat die Executive der allgemeinen Verfassung die Executiven der Einzelstaaten zu controliren und muß namentlich die Mittel haben, durch Vereidigung der Truppen auf die allgemeine deutsche Verfassung und vorläufig auf die Centralgewalt eben die von der Gesamtvertretung Deutschlands aufgestellten leitenden Grundsätze in der Wirklichkeit aufrecht zu erhalten.

Von allen diesen Consequenzen ist keine gezogen, obgleich sie in der Natur der Sache liegen und ihre Nothwendigkeit sich in der Geschichte des Bundesstaats der vereinigten Staaten erwiesen hat. So wie man einen Denkfehler beging, indem man einen gewählten Beamten unverantwortlich machte, hatte man gegenüber den Sondergelassen einzelner Regierungen nicht den Muth consequent zu sein. Es scheint in der That, als ob mit diesem mittelalterlichen Institute eines Reichsverwesers auch die mittelalterliche Zerissenheit Deutsch-

lands wieder da sei. Der Abschluß eines Waffenstillstandes von Seiten Preußens für sich erinnert lebhaft an den Baseler Separatfrieden Preußens, wo es Oesterreich und Deutschland schmähslich im Stiche ließ und sich aus der Affaire zog, in geheimen Artikeln die Ehre und den Besitzstand Deutschlands preisgebend. Es liegt in diesem Separatabschließen eines Waffenstillstandes eine Aufhebung Deutschlands als eines Bundesstaats. Es handelt sich nochmals darum, die Frage zur Entscheidung zu bringen, will Deutschland ein Bundesstaat sein oder soll kein festes Band alle Deutschen umschlingen und soll so die Verschluckung der kleinen deutschen Staaten durch die großen herbeigerufen werden? Es war natürlich, daß der Particularismus der Fürsten, die sich nicht zu Executoren einer Centralgewalt degradirt zu sehen wünschten, obgleich sie in ihren eigenen Ländern bald nur die Hand bilden werden, welche der Kopf der Volksvertreter lenkt, daß dieser Particularismus neuen Muth bekam, nachdem die Centralgewalt ihm bei der Huldigungs-Angelegenheit so schwachen Widerstand geleistet. Die Frage war zu schwach gestellt und deswegen brachte sie die heilsame Krisis nicht zu Stande. Sie ist jetzt von Neuem nothwendig in schärferer Fassung zu stellen und nicht eher wird die Einheit Deutschlands Wirklichkeit gewinnen, bis jene Consequenzen gezogen sind, bis die Fürsten nichts weiter sind, als Präfecten der einzelnen deutschen Landesheile, bis sie auf die Leitung der innern Angelegenheiten beschränkt sind. In dem Waffenstillstand liegt ferner ein Attentat auf die Souveraineté des schleswig-holsteinschen Volks, indem sein Wille, wie er sich in der Gesetzgebung ausgedrückt hat, nicht respectirt ist, duldet man, daß dieser Grundsatz der Volkssouveraineté, hier verletzt werde, so werden die Fürsten nicht verfehlen, bei Gelegenheit auch anderswo consequente Anwendung dieser Verletzung zu machen. Die Einheit Deutschlands, das Prinzip der Volkssouveraineté ist in Frage gestellt. Hier nachgeben, heißt die ganze Sache verloren geben. Deshalb sofortige Fortsetzung des Kriegs, den nicht allein die Ehre, sondern geradezu das Interesse Deutschlands fordert, denn nicht anders wird Deutschlands materielle Wohlfahrt eine großartige Entfaltung und Wachsthum erhalten, als bis wir den fremden Mächten gegenüber eine Achtung gebietende Stellung eingenommen haben. Diese Achtung würde sich aber in Hohn und Verachtung verwandeln, wenn das Ausland die Kraftlosigkeit der Centralgewalt sähe, einen über seine Befugnisse wegspringenden Vasallen zu bändigen, wenn es sähe, daß die gefürchtete Einheit Deutschlands von denen, die diese Einheit bilden müssen, nicht gewollt und dies Wollen durchgesetzt wird, der Handel wird nur dann einen Aufschwung nehmen, wenn ihm der Rückhalt einer großartigen Macht gegeben ist. Würden auch jetzt uns materielle Nachtheile erwachsen, imponiren wir nur durch energische Maßregeln dem Auslande, sichern wir die bundesstaatliche Einheit und wir werden den Schaden mit Zinsen rasch wett machen.